

Rede der EK-Präsidentin Ursula von der Leyen

vor dem EU-Parlament am 18. Juli 2024

Politische Leitlinien für die EU-Kommission 2024-2029

(Kurzzusammenfassung der wichtigsten und für Wien relevanten Punkte durch die MA 27)

Nach EK-Präsidentin UvL sind die größten Herausforderungen Sicherheit, der Klimawandel und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Dies könne nur gemeinsam bewältigt werden. Menschen und Unternehmen sollen stärker unterstützt und durch Reformen zukunftsfähig gemacht werden. Führung in der Welt, nachhaltiger Wohlstand sowie Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind Schwerpunktbereiche mit klaren Zielvorgaben.

Neue Europäische Wohlstandsoffensive

Unternehmerische Initiativen sollen erleichtert und der Binnenmarkt vertieft werden. Dies soll innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Kommission durch einen sog. „**Clean Industrial Deal**“ für die Dekarbonisierung der Wirtschaft und für niedrige Energiepreise erfolgen, wo Forschung und Innovation Vorrang haben und in nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit investiert wird. Dies entspricht dem Wiener Weg der Investitionen in F&E und der Förderung von KMU.

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

- **Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungsverfahren:** Die EU plant Maßnahmen zur Reduzierung der Bürokratie und zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Konsolidierung und Kodifizierung von Rechtsvorschriften soll unternehmerische Tätigkeit erleichtern, aber auch die Kosten allfälligen Scheiterns senken. Eine neue Kategorie für kleine Midcap-Unternehmen (=Unternehmen mit mittlerer Marktkapitalisierung) wird eingeführt, um unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand für kleine und mittlere Unternehmen zu verhindern.
- **Vereinfachung und bessere Rechtsetzung im Geiste der Subsidiarität:** Jedes Organ soll auf dieselbe Art und Weise prüfen, wie sich geplante Änderungen im Rechtsbestand auswirken und was sie kosten. Zudem hat

jedes Kommissionsmitglied einen alljährlichen Fortschrittsbericht über die Durch- und Umsetzung vorzulegen.

- **Clean Industrial Deal:** Eine neue EU-Initiative soll Investitionen in Infrastruktur und Industrie fördern, insbesondere in energieintensive Sektoren. Dies könnte Wien helfen, seine Industrie zu modernisieren und nachhaltiger zu gestalten.

Energie und Klimaschutz

Erneuerbare Energien und Emissionsreduktion: Insbesondere im Sinne der schon getätigten Förderungen im Sinne des Klimaschutzes soll die Dekarbonisierung weiterverfolgt werden, um das Emissionsreduktionsziel von 90 % bis 2040 zu erreichen. Aber auch für private Haushalte müssen die Energiekosten gesenkt, die Abhängigkeit von fossiler Energie weiter reduziert und eine EU-weite Energieunion geschaffen werden. Investitionen in Infrastruktur und neue Technologien sind auszuweiten. Dieser Bereich könnte auch für Wien von besonderem Interesse sein. Europa soll bei den internationalen Klimaverhandlungen weiterhin führend bleiben und die „Grüne Diplomatie“ intensivieren (=Drittstaaten bei ihren Klimaplänen zu helfen und internationale CO₂-Steuern voranzutreiben). Zur Verwirklichung der Klimaziele wird im ÖPNV eine VO über **einheitliche digitale Buchungs- und Ticketdienste** vorgeschlagen, sodass jeder Europäer für alle Fahrten nur mehr ein einziges Ticket auf einer einzigen Plattform zu kaufen braucht. Dies könnte insbesondere die Wiener Linien bzw. den VOR betreffen.

Dazu kommen:

- **Investitionen auch in Wasserstoff:** Wasserstoff soll neben Gas und kritischen Rohstoffen in den Mechanismus für die **Nachfragebündelung** miteinbezogen werden.
- **Kreislauforientierte und widerstandsfähigere Wirtschaft:** Durch einen neuen Rechtsakt über die **Kreislaufwirtschaft** soll eine Marktnachfrage nach Sekundärrohstoffen und ein Binnenmarkt für Abfälle sowie für kritische Rohstoffe geschaffen werden (dies könnte insbesondere für die MA 48 und die ebswien von Interesse sein).

- **Steigerung der Produktivität durch Verbreitung digitaler Technologien:** Plattformen für den elektronischen Geschäftsverkehr sollen sicherstellen, dass alle von gleichen Wettbewerbsbedingungen profitieren. Europa soll bei der Entwicklung und Anwendung von künstlicher Intelligenz führend bleiben. Dazu wird eine Strategie für die Europäische **Datenunion** vorgelegt werden, um Daten nahtlos innerhalb gleicher Datenschutzstandards austauschen zu können. Ein **Biotech-Rechtsakt** soll den ökologischen und digitalen Wandel durch die Entwicklung hochwertiger Technologien fördern.
- **Investitionsbedarf:** Investitionen können nicht allein von der öffentlichen Hand gestemmt werden, weshalb eine **Europäische Spar- und Investitionsunion für Kapitalmärkte** geschaffen werden soll. Auch das öffentliche **Beschaffungswesen** soll besser genutzt werden, um durch eine Änderung der Vergabevorschriften Vereinfachungen für Investitionen zu erreichen. Zusätzlich soll ein Europäischer Fonds für die Wettbewerbsfähigkeit eingerichtet werden.
- **Beseitigung des Fachkräftemangels:** Die Verbesserung der Grundkompetenzen über einen Strategieplan für die **Bildung in MINT-Fächern** (=Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie eine Strategie für die berufliche Aus- und Weiterbildung sollen den Fachkräftemangel beseitigen und eine Union der Kompetenzen schaffen.

Soziales und Wohnen

- **Europäische Strategie für bezahlbaren Wohnraum:** Die EK plant eine Strategie zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, um die Wohnungsnot zu lindern. Besonders hervorzuheben ist, dass dafür ein/e eigene/r Kommissar/in bestellt wird, um einen Plan für erschwinglichen Wohnraum vorzulegen. Wien hat dazu bereits umfangreiche inhaltliche Vorarbeiten geleistet; dies könnte von der EU durch eine **Investitionsplattform für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum** unterstützt werden. Ebenso von zentraler Bedeutung ist die Einführung des **Klima-Sozialfonds für Renovierungen für energieeffizienten Wohnraum**. Einen Teil dazu bietet auch die Neue europäische Bauhausinitiative. Von den Förderprogrammen zur

Schaffung von energieeffizientem Wohnraum könnte eventuell auch Wien profitieren.

- **Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte:** Auch in Zeiten des Wandels der Industrien und Volkswirtschaften sollen die Menschen und ihre Arbeitsplätze im Mittelpunkt der sozialen Marktwirtschaft stehen, ein gerechter Übergang für alle soll gewährleistet werden. Dies ist auch für die Wiener Bevölkerung ein besonders relevanter Punkt. **Hochwertige Arbeitsplätze, faire Löhne und Arbeitsbedingungen, Schulungen** etc. sollen gemeinsam mit Sozialpartnern geschaffen werden. Dafür sollen im nächsten langfristigen Haushalt ab 2028 die Mittel erheblich aufgestockt werden, was Wien besonders zugutekommen kann. Mit den europäischen Gewerkschaften und den Arbeitgebern ist ein **Pakt für den europäischen sozialen Dialog** geplant. Damit im Zusammenhang steht eine neue Strategie zur Bekämpfung der Armut.
- **Demographischer Wandel:** Die damit verbundenen Herausforderungen – von den Pensionen, dem öffentlichen Dienst, dem Arbeitskräftemangel, der Tragfähigkeit der finanziellen Mittel bis hin zu den Ungleichheiten zwischen den Generationen und Regionen – sollen angegangen werden. Insbesondere die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und jungen Menschen ist auch aus Wiener Sicht zu unterstützen.
- **Gestärkte Kohäsions- und Wachstumspolitik:** Durch partnerschaftlich mit den nationalen, regionalen und lokalen Behörden erarbeitete Konzepte soll die Gesellschaft wieder stärker geeint werden und die Menschen sollen in ihrer Region vor Ort Arbeit finden – durch öffentliche Dienste und private Tätigkeiten, Bildung und Kompetenzen, Verkehr und digitale Konnektivität.

Sicherheit und Verteidigung

- **Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten:** Die EU will ihre Verteidigungsfähigkeiten stärken und eine europäische Luftverteidigung aufbauen.
- **Bekämpfung von Cyber- und hybriden Bedrohungen:** Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohungen sowie zur Stärkung der Polizeiarbeit

auf europäischer Ebene sollen intensiviert werden. Im Mittelpunkt wird ein System für kritische Kommunikation stehen. Im Bereich der Migration soll ein integriertes Grenzmanagement und eine Migrations- und Asylstrategie im Mittelpunkt stehen und auch eine Strategie für eine EU-Visumpolitik ausgearbeitet werden.

Bildung und Jugend

- **Stärkung des Erasmus+ -Programms:** Mehr Bürgerbeteiligung und Unterstützung für Studierende und junge Menschen – auch Wien legt darauf einen Schwerpunkt.
- **Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing:** Verbesserung der psychischen Gesundheit junger Menschen durch gezielte Maßnahmen.

Union der Gleichheit

Bemerkenswert ist, dass ein **eigenes Kommissionsmitglied für Gleichheitspolitik** einen Plan gegen Rassismus und für die Gleichstellung der Geschlechter sowie für LGBTIQ-Personen vorlegen soll. Zusätzlich besteht die Idee eines Fahrplans für Frauenrechte. In diesen Bereichen hat auch Wien besondere Interessen und eine EU-weite Vorreiterrolle eingenommen.

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

- **Strategische Dialoge zur Zukunft der Landwirtschaft:** Die Einbeziehung von Landwirten, Umweltgruppen und Experten zur Entwicklung einer neuen europäischen Strategie für Landwirtschaft und den Lebensmittelsektor steht im Vordergrund. Eine Vision für die Landwirtschaft und Ernährung soll die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Agrarsektors sicherstellen und dadurch den Landwirten ein gerechtes und ausreichendes Einkommen sichern. Damit verbunden ist die Erhaltung der Natur, der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ökosysteme. Ebenso erforderlich ist die Beibehaltung der Wälder und Forstflächen, der Feuchtgebiete und des Grünlandes, die unverzichtbar für die Regulierung unseres Klimas und der sicheren

Versorgung mit heimischen Lebensmitteln und Wasser sind. Das soll durch einen europäischen Zivilschutzmechanismus für Krisen- und Katastrophenmanagement, einen **Plan für die Anpassung an den Klimawandel** zur Erhöhung der Klimaresilienz und -vorsorge sowie die Stärkung der Wasserversorgungssicherheit in Europa erreicht werden. Inhaltlich gesehen werden damit die Ziele des **Green Deal** angesprochen, allerdings nicht mehr in der umfassenden Sichtweise wie in der ersten Periode des Kommissionsvorsitzes von Ursula von der Leyen, die vornehmlich mit wirtschaftlicher Wertschöpfung und Beschäftigungsvorteilen verknüpft war. Das große Schlagwort „Green Deal“ wird allerdings nicht mehr verwendet, der Hauptschwerpunkt liegt eher in der Förderung der Landwirtschaft. Auch die umstrittene, aber letztlich beschlossene VO zur Wiederherstellung der Natur wird nicht angesprochen. Zudem wird die bereits blockierte Pestizid-VO nicht mehr als Ziel zum Schutz der Natur genannt, auch nicht in veränderter Form.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

- **Schutz der Demokratie:** Einführung eines sog. „Europäischen Demokratie-Schutzschilds“ zur Bekämpfung von ausländischer Einflussnahme und Desinformation.
- **Stärkung der Rechtsstaatlichkeit:** Verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und zur Sicherstellung der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit. Zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sollen verstärkte finanzielle Mittel eingesetzt werden. Eine engere Verknüpfung der Haushaltsplanung mit der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit soll auch über die allgemeine Konditionalitätsregelung (die für alle EU-Mittel gilt) erfolgen und über das Art. 7-Verfahren weiterhin kontrolliert werden (Verweis auf die Einhaltung der Demokratie und Medienfreiheit als indirekte Warnung an Ungarn, ohne diesen MS direkt anzusprechen).
- Die **Bürgerbeteiligung** soll in der gesamten EU verankert und die Zusammenarbeit mit den Organisationen der **Zivilgesellschaft** intensiviert werden. Dabei werden ausdrücklich die Lokalpolitiker/innen ebenso angesprochen wie die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen, die in den nächsten 5 Jahren weiter gestärkt werden soll. Das

Engagement Wiens im AdR ist daher weiterhin wichtig und kann den Einfluss auf EU-Ebene stärken.

Erweiterung und Nachbarschaftspolitik

- **Erweiterung der EU:** Um Demokratie, Wohlstand und Stabilität in Europa zu fördern, wird die Erweiterung und damit die Unterstützung der Beitrittskandidaten wie der Westbalkanländer, Ukraine, Moldawien und Georgien als geopolitisches und -strategisches Gebot gesehen. Verbunden damit ist ein Kommissionsmitglied für den Mittelmeerraum und eine Agenda für diesen Raum. Neben der politischen Aktivität ist auch die wirtschaftliche Außenpolitik neu aufzustellen: wirtschaftliche Sicherheit, Handel und Investitionen in Partnerschaften. Wien hat immer auf die Erweiterung im osteuropäischen Raum gedrängt und alle diesbezüglichen Schritte aufmerksam verfolgt.

Neuer EU-Haushalt

Der neue Haushalt soll eine gezieltere Ausrichtung auf die Prioritäten und Ziele flexibel ermöglichen sowie eine einfachere Struktur mit weniger Programmen, eine höhere Wirksamkeit der Fonds und eine effektivere Nutzung der Haushaltsmittel gewährleisten.

Bedeutend ist, dass für verstärkte und moderne Einnahmequellen und für die Erweiterung der EU die Notwendigkeit für ein Reformprogramm, das eine **Änderung der Verträge** beinhaltet, gesehen wird, um die Handlungsfähigkeit Europas zu verbessern. Die EU müsse gleichzeitig erweitert und vertieft werden. Die **Erweiterung** solle auch als **Katalysator** für Fortschritte in der Handlungsfähigkeit, der Politik und den Ausgabenprogrammen gesehen werden. Dazu ist anzumerken, dass bisher eine Änderung der Verträge als kritisch angesehen bzw. als nicht als einigungsfähig beurteilt wurde.

Die Zusammenarbeit mit dem EP soll weiter gestärkt und die Dialoge mit den parlamentarischen Ausschüssen sollen verbessert werden.